

Entschließungsantrag

der BundesrätlInnen Ingo Appé, Korinna Schumann,
Genossinnen und Genossen
betreffend weitergehende Maßnahmen, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des
Coronavirus effektiv zu bekämpfen

eingebracht im Zuge der Debatte zum Top 1.

Das Coronavirus hat nicht nur gesundheitspolitische Implikationen, auch die schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Epidemie erfordern ein entschlossenes Handeln der Politik.

Das heute vorliegende Maßnahmenpaket mit dem Ziel die Ausbreitung des Virus möglichst zu verlangsamen, das unter anderem die Schließung von Geschäften, Schulen, Unis etc. vorsieht, ist ein erster wichtiger Schritt. Die Einrichtung eines Corona-Notfallfonds in der Höhe von 4 Milliarden Euro und die Sozialpartnereinigung zur Kurzarbeit sind ebenfalls notwendige erste wirtschaftliche und soziale Maßnahmen in die richtige Richtung. Nicht alle Betroffenen werden aus diesem 4-Milliarden-Fonds Leistungen erhalten. Nicht die hunderttausenden KleinunternehmerInnen, nicht die Beschäftigten in diesen kleinen Strukturen, nicht die Eltern mit Kindern, nicht die Angehörigen der zu Pflegenden, wenn die 24h-Betreuungskräfte in ihrer Heimat festsitzen und nicht einreisen können.

Wir brauchen mehr Solidarität aller Gruppierungen der Gesellschaft, niemand soll in dieser schwierigen Situation zurückgelassen werden.

Durch die notwendigen Schließungen schlittern viele Betriebe in erhebliche Liquiditätsprobleme. Viele Arbeitsplätze in diesen Kleinbetrieben sind gefährdet. Weiterreichende Unterstützungsmaßnahmen für Betriebe sind notwendig, unter anderem auch großzügige Stundungen von Steuerschulden, um die Liquidität der Unternehmen sicherzustellen. Österreich muss hier entschlossener handeln. Wer rasch und großzügig hilft, hilft doppelt.

Die unterfertigten BundesrätlInnen und Bundesräte stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert dem Nationalrat und dem Bundesrat ein weiteres Maßnahmenpaket vorzulegen,

- *das eine Arbeitsplatzgarantie für alle Betriebe enthält, die eine Unterstützung bekommen und den Sozialpartnervorschlag zur Kurzarbeit voll umsetzt,*
- *das volle Entschädigung für Verdienstentgang und Löhne nach dem Epidemie-Gesetz zumindest für Betriebe mit bis zu 25 Beschäftigten enthält,*
- *das für ArbeitnehmerInnen, die wegen ihrer Kinder oder wegen ihrer zu pflegenden Angehörigen zu Hause bleiben müssen, volle Entgeltfortzahlung durch die öffentliche Hand vorsieht,*
- *das mit sofortiger Wirkung ein zinsloses, automatisches Moratorium (Aussetzen) für Steuern sowie Sozialversicherungsbeiträge für betroffene Betriebe ohne Individualantrag umsetzt und*
- *das eine Stundung von Krediten, Geschäftslokalmieten sowie Zahlungen für Strom- und Gaslieferungen analog der italienischen Regelung vorsieht.“*



